

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
(7. Sitzung am 11. April 2018)

Beratungsthemen:

Erster öffentlicher Sitzungsteil

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 18/110](#)

Der - federführende - Ausschuss setzte die Gesetzesberatung fort. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Marcel Scharrelmann (CDU).

2. a) **Entwurf eines Gesetzes zur dauerhaften Fortsetzung der Förderungen nach dem Gesetz über Zuwendungen des Landes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden (Niedersächsisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - NGVFG)**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/128](#)

b) **Entwurf eines Gesetzes zur dauerhaften Fortsetzung der Förderungen nach dem Gesetz über Zuwendungen des Landes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden (Niedersächsisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - NGVFG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/245](#)

Nachdem die Fraktion der Grünen ihren Gesetzentwurf zurückgezogen hatte, führte der Ausschuss die Mitberatung zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und der CDU durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr an, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen (Vorlage 13).

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, FDP, AfD

3. **Entwurf eines Gesetz zur Absenkung des Wahlalters für die Landtagswahl**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/153](#)

dazu: Eingaben 3468/17, 3482/17 und 36

Der - federführende - Ausschuss nahm die Stellungnahme der Landesregierung zu dem Gesetzentwurf entgegen.

4. **Rechte der Nebenklage stärken - Niedersächsische Gnadenordnung anpassen**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/351](#)

Der Ausschuss begann mit der Antragsberatung und bat die Landesregierung, in einer nächsten der Sitzungen zu dem Antrag Stellung zu nehmen.

Vertraulicher Sitzungsteil

5. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Ermittlungsstand bei den Ermittlungen gegen drei ehemalige RAF-Terroristen, die wegen verschiedener Überfälle in Niedersachsen gesucht werden**

hier: Fortsetzung der in der 6. Sitzung am 04.04.2018 begonnenen Unterrichtung

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.

Zweiter öffentlicher Sitzungsteil

6. **Klärung von Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss besprach Terminangelegenheiten.

7. a) **Frauenrechte stärken - Gesundheit schützen - § 219 a Strafgesetzbuch streichen!**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/27](#)
- b) **§ 219 a StGB abschaffen! - Informationsrecht ist ein Menschenrecht!**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/31](#)

Der Ausschuss kam überein, die Tagesordnung um diesen Punkt zu erweitern, und verständigte sich auf den Kreis der schriftlich Anzuhörenden.